XXVI. Jahrg. Berlin, den 26. Januar 1918. Nr. 9.





Die Zukunft

Herausgeber:

Maximilian Harden.

Inhalt:

Erscheint jeden Sonnabend.

Preis vierteljährlich 6,50 Mark, die einzelne Nummer 60 Pf.



Berlin.
Verlag der Zukunft.
Großbeerenstraße 67.
1918.

Abonnementspreis (vierteljährlich 13 Nummern) M. 6.50, pro Jahr M. 26.—; unter Kreuzband bezogen, Deutschland und Oesterreich M. 7.25, pro Jahr M. 28.60; Ausland M. 7.80, pro Jahr M. 31.20.
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postanstalten entgegen sowie der
VERLAG DER ZUKUNFT, BERLIN SW. 47, Großbeerenstraße 67, Fernspr. Lützow 7724.

Alleinige Anzeigen-Annahme
der Wochenschrift „Die Zukunft" nur durch
Max Kirstein,
Berlin SW. 68, Markgrafenstr. 59.
Fernsprecher Amt Zentrum 108 09 u. 108 10.



Berlin, den 26. Januar 1918.

Die Palmenkrone.

Bismarck und Brest-Litowsk.

Christian von Bunsen, Preußens Gesandter, hatte im April 1854 aus London an den Ministerpräsidenten eine Denkschrift geschickt, die seinem König empfahl, die Ausdehnung Oesterreichs bis in die Krim und die Wiederherstellung Polens zu fördern. Die Partei des Preußischen Wochenblattes (Bethmann-Hollweg, Robert Goltz, Albert Pourtalès und Genossen) schien ähnliche Wünsche zu hegen. Höret Bismarck: „Ich erinnere mich der umfangreichen Denkschriften, welche die Herren unter sich austauschten und durch deren Mittheilung sie mitunter auch mich für ihre Sache zu gewinnen suchten. Darin war als ein Ziel aufgestellt, nach dem Preußen als ein Vorkämpfer Europas zu streben hätte, die Zerstückelung Rußlands, der Verlust der Ostseeprovinzen mit Einschluß von Petersburg an Preußen und Schweden, des Gesammtgebietes der Republik Polen in ihrer größten Ausdehnung und die Zersetzung des Ueberrestes durch Theilung zwischen Groß- und Klein-Russen, abgesehen davon, daß fast die Mehrheit der Klein-Russen schon dem Maximalgebiet der Republik Polen gehört hatte. Zur Rechtfertigung dieses Programmes wurde mit Vorliebe die Theorie des Freiherrn von Haxthausen-Abbenburg (‚Studien über die inneren Zustände, das Volksleben und insbesondere die ländlichen Einrichtungen Rußlands‘) benutzt, daß die drei Zonen mit ihren einander ergänzenden Produkten den hundert

Millionen Russen, wenn sie vereinigt blieben, das Uebergewicht über Europa sichern müßten. Aus dieser Theorie wurde die Nothwendigkeit der Pflege des natürlichen Bündnisses mit England entwickelt, mit dunklen Andeutungen, daß England, wenn Preußen ihm mit seiner Armee gegen Rußland diene, die preußische Politik in dem Sinn, den man damals den „gothaer“ nannte, fördern würde. Die Frage, ob Palmerston oder ein anderer englischer Minister geneigt sein würde, Arm in Arm mit dem gothaisirenden Liberalismus und mit der Fronde am preußischen Hof Europa zu einem unheilvollen Kampf herauszufordern und englische Interessen auf dem Altar der deutschen Einheitbestrebungen zu opfern, die weitere Frage, ob England dazu ohne anderen kontinentalen Beistand als den einer in koburgische Wege geleiteten preußischen Politik im Stande sein würde: diese Fragen bis ans Ende durchzudenken, fühlte Niemand den Beruf, am Allerwenigsten die Fürsprecher derartiger Experimente. Die Phrase und die Bereitwilligkeit, im Parteiinteresse jede Dummheit hinzunehmen, deckten alle Lücken in dem windigen Bau der damaligen westmächtlichen Hofnebenpolitik. Mit diesen kindlichen Utopien spielten sich die zweifellos klugen Köpfe der Bethmann-Hollwegschen Partei als Staatsmänner auf; (höret!) hielten es für möglich, den Körper von sechzig Millionen Groß-Russen in der europäischen Zukunft als ein caput mortuum zu behandeln, das man nach Belieben mißhandeln könne, ohne daraus einen sicheren Bundesgenossen jedes zukünftigen Feindes von Preußen zu machen und ohne Preußen in jedem französischen Krieg zur Rückendeckung gegen Polen zu nöthigen, da eine Polen befriedigende Auseinandersetzung in den Provinzen Preußen und Posen und selbst noch in Schlesien unmöglich ist, ohne den Bestand Preußens aufzulösen. Diese Politiker hielten sich damals nicht nur für weise, sondern wurden in der liberalen Presse als Weise verehrt.“ Der nach Juchten und Blut riechende Junker warnt den Prinzen von Preußen vor den „Plänen zur Ausschlachtung Rußlands“. Zu dem von der Prinzessin Augusta und von den Bethmännern behutsam Zugerichteten spricht er frei von der Leber: „Jeder siegreiche Krieg gegen Rußland unter unserer nachbarlichen Betheiligung belastet uns nicht nur mit dem dauernden Revanchegefühl Rußlands, sondern zugleich mit einer sehr bedenklichen Aufgabe,

nämlich: die Polnische Frage in einer für Preußen erträglichen Form zu lösen." Die Schätzung russischer Freundschaft sinkt in der Hochmuthszeit Gortschakows und steigt dann wieder bis in die klare Erkenntniß des Werthes, den Rußlands Wohlwollen in den Schicksalsjahren 1813, 1866, 1870 für Preußen hatte. („In diesen drei Kriegen hätten wir ohne Rußlands Beistand und wohlwollende Neutralität unseren Sieg wohl kaum auszunützen vermocht.")

Ukraina.

Friede mit der Ukrainerrepublik: die erste (in Verbreitung zugelassene) Botschaft der Woche klänge Ungewarnten wohl tröstlich, auch wenn die Evangelisten nicht den Satz angeflickt hätten: „Hiermit ist zum ersten Mal in diesem die Welt erschütternden Kriege gelungen, die Grundlagen zur Herstellung des Friedenszustandes zu finden." Gelungen? Noch schwebt das Schicksal dieser Sonderrepublik in dem Lustreich, wo die Gedanken leicht bei einander wohnen; wie wird es da sich gestalten, wo hart im Raume die Dinge sich stoßen? Niemand weiß, ob diese Republik, deren Willensfluß morgen ein kräftiger General deichen, ein Kommunistenaufruhr aus den Ufern treiben kann, lebensfähig sein werde. Ihr Verhältniß zu Großrußland, Nordrußland ist noch in keinem Hauptpunkt geordnet. Die Constituante in Petrograd ist, vor dem Ende ihrer ersten Sitzung, aufgelöst worden, weil sie die Friedensverhandlung der Bolschewiki getadelt und zu ihrem Präsidenten Herrn Tschernow gewählt hatte, den Landwirthschaftminister Kerenskijs und Gegner Lenins. Einen der stärksten Köpfe der gedehnten Sozialrevolutionären Partei, der seit zehn Jahren die Ethisirung des Marxismus, die Einung der von Marx-Engels und der von Mach-Avenarius beherrschten Vorstellungwelten versucht hat. Der Forderer neuer Ethik („dynamischer") für den Einzelnen und die Menschheit würde sich mit dem Sozialethiker Wilson leichter als Herr Trotzkij verständigen. Doch neben dem sittlichen Maximalismus, der, mit Tolstois Zunge, mahnt, der Gewalt nicht zu widerstreben, steht ihm der Minimalismus, der, weil das Ideal erst nach der Durchmessung von Theilstrecken, nicht in wildem Sprung, zu erreichen ist, Gewalt, sogar Todtschlag und Terror erlaubt. Durch die Wahl dieses Mannes hatte die zum Beschluß des Reichsgrundgesetzes berufene Versammlung erwiesen,

daß ihre tief überwiegende Mehrheit (244 von 395 Stimmen) sich auf den Leninistenweg nicht bequemen wolle: drum wurde sie von den Männern, die für die besetzten Theile Rußlands und für andere Reiche das ungeschmälert freie Selbstbestimmungrecht der Völker fordern, mit roher Gewalt aufgelöst. Wann dieses Chaos Klarheit gebären wird? Die Straße, die in die (hier oft angekündeten) Vereinigten Staaten von Rußland führt, kann noch sehr lang sein. In diesen Staaten mag die Ukraina, für deren russische Seele Gogols, des Ukrainers, unsterbliche Dichtung durch die Jahrhunderte zeugt, ihre Inneneinrichtung, frei, dem Bedürfniß anpassen. Daß sie ihren Willen von dem Allrußlands, auch nur von dem Großrußlands trennt, ist für die Dauer undenkbar; weils jedem Russenreich unerträglich wäre. Jedes reizbarste Stelle müßte, immer wieder, die Ukraina werden. Und die Verkennung dieser Thatsache hat schon zwischen dem Oesterreich-Ungarn des Grafen Berchtold und dem Zarenreich die Verständigung eben so erschwert wie der Serbenhader. Diplomatischer, rechtlicher, wirthschaftlicher Verkehr mit der werdenden Republik: willkommen. Der Werth und die Haltbarkeit solchen Verkehres wird zu schätzen sein, wenn diese Republik fest geworden ist und sich ins neue Rußland eingeordnet hat. Ukraina, Don, Polen, Litauen, Kurland, Esth-, Liv-, Finland, alle „selbständig“, fast alle in ewigem Streit um Gebietsumfang und Grenzen: vor solcher Balkanisirung des uns nächsten Ostens habe ich seit Kriegsausbruch mehr als einmal gewarnt. Sie müßte Europa auf den Gipfel der Unvernunft schleppen und nicht nur der Wirthschaft Deutschlands gefährlich werden. „Einigung über die Grundlagen eines abzuschließenden Vertrages“: schön. Für die Grundlagen zur Herstellung des Friedenszustandes ist damit, leider, noch nicht das Allerwinzigste gethan. Und die grelle Illuminirung des billigen Erfolges, dessen Dauerbarkeit sich erst erproben muß, wohl nur dem Wunsch zuzuschreiben, den Massen, gerade jetzt, eine Hoffnung zu wimpeln.

Westevangelium.

Die Hoffnung, die wir aus West aufleuchten sahen, scheint die im Deutschen Reich Mächtigen keine zu dünken. Die Reden der Herren Lloyd George und Wilson sind fast ohne Echo, nach dem ersten Scheltregen, verhallt. Der bedachtsam Gewissenhafte

muß, ruhig und ohne blendendes Vorurtheil, den Wortlaut dieser Reden, den wirklichen, lesen. Der Premierminister Großbritaniens sprach am fünften Januar vor den Vertretern der Gewerkschaften; sprach, über sie hin, zu Freunden und Feinden.

„Nur die gewichtigsten, edelsten, reinsten Gründe können rechtfertigen, daß die unsägliche Selbstvernichtung der Völker fortgesetzt wird. Mit endgiltiger Deutlichkeit müssen wir deshalb nicht nur die Grundsätze, für die wir kämpfen, sondern auch ihre bis ins Einzelne greifbare Anwendung auf die Erdkarte klären. Wir sind in die verhängnißvollste Stunde des furchtbaren Streites gelangt; und vor dem Beschluß der Bedingungen, die den Krieg enden oder, wenn sie abgelehnt werden, verlängern könnten, muß die Regirung sicher sein, daß diese Bedingungen vom Gewissen der Nation gebilligt werden; denn nur diese Stütze kann den Kraftaufwand tragen, der zu gerechtem Abschluß des großen Streites nöthig sein wird. Mit gedoppeltem Eifer habe ich deshalb in diesen Tagen mich bemüht, Gedanken und Standpunkt der Männer zu erforschen, die in unserer Heimath alle Bezirke Oeffentlicher Meinung vertreten. (Des Liberalenführers Asquith, des Viscount Grey, des Iren Redmond, manches Hauptes der Dominions.) Für die Worte, die ich hier wählen werde, ist nur die Regirung verantwortlich. Nach all meinen Gesprächen aber kann ich sagen, daß über das Wesen unserer Kriegsziele und Friedensbedingungen die ganze Nation, zu meiner Freude, einig ist. Ich darf also behaupten, daß die Worte, die ich zu Ihnen sprechen werde und die der Erdkreis hören wird, den Willen der Nation, des britischen Gesammtreiches ausdrücken. Mißverständniß muß weichen. Wofür kämpfen wir? Wir führen nicht einen Angriffskrieg gegen das deutsche Volk. Das ist von seiner Regirung in den Glauben überredet worden, es müsse seine gerechte Sache gegen einen Bund neidischer Nebenbuhler vertheidigen, die Deutschland zertrümmern wollen. Das ist nicht wahr. Niemals plante Britaniens Regirung, die Einheit der deutschen Stämme aufzulösen, ihren Staat, ihre Länder zu zerstücken. Deutschland hat sich in der Welt eine große Stellung erworben, die wir weder bestreiten noch vernichten wollen. Wider unseren Willen, unbereitet zu so gewaltigem Ringen, sind wir gezwungen worden, unser Recht, das öffentliche Recht Europas und feierlich beschworene Vertragspflicht, die

Deutschlands Fuß beim Einbruch in Belgien zertrat, zu vertheidigen. Wir standen vor der Wahl, in den Krieg einzugreifen oder als Zuschauer die Niederlage Europas, den Triumph roher Gewalt über öffentliches Recht und internationale Gerechtigkeit zu sehen. Nur die Erkenntniß dieser ungeheuren Verantwortlichkeit hat den Entschluß des Britenvolkes bestimmt. Wir wollen, daß Deutschland auf den Plan militärischer Erdbeherrschung verzichte und all seine Kräfte den großen Aufgaben weihe, aus denen der Welt Wohlthat werden kann. Eben so wenig kämpfen wir, um Oesterreich-Ungarn zu zerstücken, um dem Osmanenreich die Hauptstadt, thrakisches oder kleinasiatisches Land zu entreißen, die reichen und weithin berühmten Gebiete, deren Volksmehrheit aus Türken besteht. Auch die Verfassung des deutschen Kaiserreiches wollen wir nicht ändern noch umstürzen; militärisch gestützte Selbstherrschaft scheint uns, freilich, im zwanzigsten Jahrhundert zeitwidrig und gefahrvoll. Wenn Deuschland sich eine aufrichtig demokratische Verfassung gäbe, wäre uns diese Thatsache der stärkste Beweis für den Verzicht auf militaristische Herrschsucht; und der Abschluß eines im weitesten Wortsinn demokratischen Friedens mit diesem Reich würde dadurch sehr erleichtert. Doch die Entscheidung dieser Sache steht nur dem deutschen Volk zu.

Im Namen Oesterreichs-Ungarns und seiner Verbündeten hat, am fünfundzwanzigsten Dezember, Graf Czernin in einer bedauerlich unklaren Verkündung gesagt, die Absicht der Centralreiche sei nicht auf die gewaltsame Aneignung der von ihren Truppen besetzten Länder gerichtet; auch nicht darauf, die politische Selbständigkeit der Länder zu vernichten, die sie in der Kriegszeit verloren haben. Nach dem Buchstabensinn dieses Versprechens wäre jedes Trachten nach Gebietseroberung irgendwelcher Art als Wortbruch zu betrachten. Ist damit nun aber gesagt, daß Belgien, Serbien, Montenegro, Rumänien künftig eben so unabhängig, zu Schicksalsgestaltung eben so frei sein werden wie Deutschland oder ein anderer Staat? Oder soll, in Politik und Wirthschaft, diesen Ländern Eingriff und Hemmung zugemuthet werden, die das Selbstachtungbedürfniß unabhängiger Völker nicht dulden kann? Dann gäbe es für unsere Feinde die schrankenlose Unabhängigkeit großer, die eingeschränkte kleiner Nationen. Wir müssen genau wissen, was der Feind zusagen will; denn die Rechtsgleich-

heit für alle Völker, große und kleine, steht vornan in der Reihe der Grundsätze, für die wir Verbündete fechten. Der Gedanke, die Städte, Dörfer, Bürger Belgiens von dem durch den deutschen Rechtsbruch erlittenen Verlust zu entschädigen, wird schroff abgelehnt. Im Uebrigen besteht dieses angebliche Friedensangebot der Centralmächte fast nur aus Weigerungen. Der Vorschlag, unterworfenen Völkern Autonomie zu gewähren, wird zurückgewiesen. Was aus Arabern, Syrern, Armenen werde, hat, heißt es, nur die Hohe Pforte zu bestimmen. Eine vage Andeutung des Minoritätenschutzes, ‚so weit er praktisch durchführbar ist‘: Das ist Alles, was die Staatsmänner Germaniens an Freiheit zu bieten wagen. Nur an einer Stelle sprechen sie mit vollkommener Klarheit: Deutschlands Anspruch auf die Rückgabe seiner (ungeschmälerten) Kolonien sei unwandelbar. Hier bricht das Selbstbestimmungrecht der Völker (oder, wie wir früher sagten, des Regirens in Eintracht mit den Regirten) zusammen. Auf so schwankem Grund kann das Gebäude haltbaren Friedens nicht ruhen. Die formale Zustimmung zu dem Satz ‚Weder Annexion noch Kriegskostenersatz‘ und zu dem Gedanken nationalen Selbstbestimmungrechtes kann nicht nützen. Die Centralmächte müssen der Lage, der wichtigsten Thatsachen bewußt werden, ehe wir in Verhandlung eintreten. Weit hinter uns liegen die Tage des Wiener Kongresses. Der Willkür eines Verhändlerhäufleins, das mit Beredsamkeit und Intrigue einem Herrscherhaus oder Volk Vortheil zu erlisten sucht, darf die Zukunft europäischer Civilisation nicht mehr überlassen werden. Die Ordnung des neuen Europa muß auf vernünftige Gerechtigkeit gegründet werden; nur dann ist ihr Dauer verbürgt. Das Regiren in Eintracht mit den Regirten muß drum die Richtschnur für alle Gebietsordnung sein, die aus dem Krieg hervorgeht. Jeder Vertrag muß heilig und jede Nation, wie schwer es ihr auch werde, bereit sein, für ihre Unterschrift einzutreten. Sonst sind Verträge nicht das Papier werth, auf dem sie stehen.

Belgien (Das war und bleibt stets unsere erste Forderung) muß in seinem ganzen Umfang, politisch und wirthschaftlich, wiederhergestellt und von allem tilgbaren Verlust entschädigt werden. Das ist nicht die Forderung eines Tributes, wie Deutschland ihn 1871 von Frankreich erzwang; nicht die Sucht, die Kosten einer Kriegspartei der anderen aufzubürden. Die grobe Verletzung des

öffentlichen Europäerrechtes muß gesühnt und, wo es irgend noch möglich ist, unschädlich gemacht werden: sonst ist auf Frieden nicht zu hoffen. Wiederherstellung schließt Anerkennung des dazu zwingenden Rechtes in sich. Wenn die Mißachtung internationalen Rechtes und der dadurch bewirkte Schade nicht durch Geldstrafe gesühnt wird, kann dieses Recht überhaupt niemals wirksam werden. Auch Serbien und Montenegro, die verheerten Gebiete Frankreichs, Italiens, Rumäniens müssen wiederhergestellt werden; die Zurückziehung aller fremden Truppen und die Entschädigung von rechtwidrig erlittenem Verlust sind die Vorbedingungen jeden haltbaren Friedens. Treu, bis in den Tod treu wollen wir auch zu der französischen Demokratie stehen, wenn sie die Wiedererwägung des großen Unrechtes fordert, das geschah, als 1871 zwei Provinzen aus Frankreichs Flanke gerissen und, ohne einen Blick auf die Wünsche ihrer Bewohner, dem Deutschen Reich einverleibt wurden. Ein Halbjahrhundert lang hat dieses Geschwür den Frieden Europas vergiftet; und ehe es völlig verheilt ist, kann der Erdtheil nicht wieder gesunden. Mit grellerer Deutlichkeit als durch dieses Beispiel kann nicht bewiesen werden, wie schlimm sich der böse Wahnsinn rächt, der die Gunst militärischen Zufallserfolges zu Verletzung internationalen Rechtes mißbraucht. Das Schicksal der von deutschen Truppen besetzten Russengebiete werde ich nicht erörtern. Die russische Politik hat seit der Revolution so oft und so hastig sich gewandelt, daß Niemand voraussehen kann, was dort sein wird, wenn die Stunde zu endgiltiger Berathung des europäischen Friedens schlägt. Rußland hat allen Graus des Krieges auf sich genommen, weil es, dem ererbten Amt des Schützers schwächerer Stammverwandten getreu, Serbiens Freiheit gegen hinterlistigen Anschlag vertheidigen wollte. Dieser ehrenwerthe Opferwille zog auch Frankreich in den Krieg; denn es war verpflichtet, dem Bundesgenossen in dem von ihm nicht gewollten Krieg beizustehen. Frankreichs ritterliche Achtung der Vertragspflicht hatte die Folge, daß Belgien, ohne irgendeinen Grund dazu gegeben zu haben, überfallen wurde. Und da Großbritanien diesem kleinen Lande durch Vertrag zu Hilfe verpflichtet war, mußten auch wir in den Krieg schreiten. Die jetzt in Rußland Regirenden haben nun, ohne die Völker, die Rußlands wegen das Schwert zogen, zuvor zu fragen, Sonderverhandlung mit den

gemeinsamen Feinden begonnen. Ich meide jeden Vorwurf und schränke mich in die Aufzählung der Thatsachen, die erweisen, daß Großbritanien nicht für Beschlüsse verantwortlich gemacht werden kann, denen es fern ist und über die seine Meinung nicht erfragt wurde. Wer Preußen und dessen russische Pläne kennt, kann durch keinen Trugschleier über die wirkliche Absicht getäuscht werden. Preußen denkt nicht daran, eine der heute von seinen Truppen besetzten Provinzen und Städte den Russen als freies Eigenthum zurückzugeben. Unter irgendeinem Namen, auf den es nicht ankommt, werden diese Provinzen künftig ein wesentlicher Theil preußischen Besitzes sein; im Interesse preußischer Selbstherrschaft wird Preußens Schwert sie regiren. Was vom Russenvolk übrig bleibt, wird durch klangvolle Wortformeln verführt oder, mit ohnmächtigem Heer, durch angedrohte Kriegsfortsetzung zuerst in wirthschaftliche, dann auch in politische Hörigkeit eingeschüchtert und Deutschland leibeigen werden. Dieser Ausblick betrübt uns, Alle, tief. An der Seite Frankreichs, Italiens und der anderen verbündeten Demokratien will unsere bis ans Ende kämpfen; sie wäre, wie Amerikas, Frankreichs, Italiens, stolz darauf, im Bund mit der jungen Demokratie Rußland zu fechten. Wenn die heute in Rußland Regirenden aber auf eigene Faust, ohne Einverständniß mit den Verbündeten, handeln, haben wir keinerlei Möglichkeit, das ihrem Land unvermeidlich drohende Unheil abzuwenden. Nur die Russen selbst können Rußland retten. Immerhin müssen wir dem Glauben Ausdruck geben, daß ein freies Polen, dem alle dazu willigen echt polnischen Volkstheile einzufügen sind, auch für die Sicherung und die Ruhe Westeuropas nothwendig ist.

Mit dem Präsidenten Wilson stimmen wir darin überein, daß die Zerstückung Oesterreich-Ungarns nicht zu unseren Kriegszielen gehört. Wir empfinden aber, daß nur die redliche Gewähr freier, den Grundsätzen der Demokratie genügender Selbstverwaltung die Völker Oesterreich-Ungarns, die so lange schon danach lechzen, aus den Gefahren der Umtriebe lösen kann, die den allgemeinen Frieden bedrohen. Der selbe Grund spricht für die Befriedigung der Ansprüche Italiens, das alle seinem Stamm und seiner Sprache Zugehörigen in seinem Reich vereint sehen will. Auch der berechtigte Wunsch der Rumänen muß erfüllt werden. Wenn Oesterreich-Ungarn sich diesen Bedingungen fügt, kann

seine Kraft zu Wahrung von Frieden und Freiheit in Europa mitwirken; brauchtes nicht mehr das schädliche Werkzeug preußischer Militärautokratie zu sein, die ihren finsteren Plänen alle Kräfte und Mittel der Bundesgenossen dienstbar macht. In anderen Erdtheilen bleiben die selben Grundsätze giltig. Wo die Volksmehrheit türkisch ist, mag das Osmanenreich fortbestehen und, wenn die Meerengen, die das Schwarze und das Mittelländische Meer verbinden, internationalisirt sind, seine Hauptstadt behalten. Arabien, Armenien, Mesopotamien, Syrien, Palästina dürfen die Anerkennung ihres nationalen Sonderlebens fordern. Ohne erörtern zu wollen, in welche Form diese Sonderheit für jedes dieser Völker zu bringen wäre, sage ich nur: Die Rückgabe dieser Länder an ihre früheren Herren ist undenkbar. Ueber die deutschen Kolonien hat, wie ich oft gesagt habe, die Konferenz zu verfügen, deren Beschlüsse im Wesentlichen von den Wünschen und Interessen der Ureinwohner zu bestimmen sein werden. Sie wird auch für die Entschädigung von rechtwidrig erlittenem Verlust zu sorgen haben; und unserer Seemannschaft gedenken müssen, die für die gemeinsame Sache der Freiheit so viel that und duldete.

In den Vorschlägen der Centralmächte ist eine höchst bedauerliche Lücke. Wir müssen wünschen, müssen sogar fordern, daß die nach Kriegsschluß zu stiftende Ordnung nicht den Keim neuen Krieges enthalte. Die Gebietsfragen und alle anderen mögen noch so weise beantwortet werden: Stoff zu internationalem Streit bliebe noch immer. Nach dem Krieg wird die Wirthschaftlage sehr unbequem sein. Ueberall wird es, nach dem ungeheuren Kraftaufwand, an Rohstoffen fehlen. Je länger der Krieg, desto größer diese Noth; und die Länder, die Rohstoffe hervorbringen, werden, natürlich, zuerst für sich und für ihre Freunde sorgen. Auch wird die neue Ordnung nicht die Umstände überdauern, denen sie angepaßt wird. Und so lange neuer Völkerstreit noch möglich ist, müssen alle Völker sich dazu rüsten. Die drückende Rüstungbürde, der Wehrpflichtzwang, die wahnwitzige Vergeudung von Kraft und Vermögen an Kriegsbereitung: so häßlicher Flecke muß unsere Civilisation sich schämen. Deshalb muß, nach unserer Ueberzeugung, alles Erdenkliche zur Schaffung eines internationalen Organismus versucht werden, der Völkerstreit schlichtet.

Dem also, der uns fragt, wofür wir kämpfen, antworten wir

heute, wie so oft schon: Für gerechten und dauernden Frieden. Ehe dieser Friede in Sicht kommt, müssen, wie uns scheint, drei Bedingungen erfüllt sein. Erste: Anerkennung der Heiligkeit jedes Vertrages. Zweite: Die Grundlage der Gebietsordnung muß überall das Selbstbestimmungrecht der Völker, die Eintracht von Regirern und Regirten sein. Dritte: Ein internationaler Organismus, der die Rüstunglast und die Kriegsmöglichkeit mindert, muß geschaffen werden. Unter diesen Bedingungen wird das Britische Reich Frieden schließen. Um die Annahme dieser Bedingungen zu sichern, sind die Völker dieses Reiches zu noch größerem Opfer bereit, als sie bis heute schon brachten."

Aus der Botschaft, die, am achten Januar, Präsident Wilson an den Kongreß richtete, müssen die wichtigsten Sätze angeführt werden. „Wieder haben, wie schon mehrfach, die Wortführer der Centralreiche den Wunsch ausgesprochen, den Gegenstand des Krieges und die Möglichkeiten allgemeinen Friedensschlusses zu erörtern. Alle in den Krieg gezogenen Mächte werden zu der Prüfung aufgerufen, ob die Verhandlungen, deren Schauplatz Brest-Litowsk ist, in eine allgemeine Konferenz über Frieden und Neuordnung ausgedehnt werden könne. Rußlands Vertreter haben die Grundsätze, die, nach ihrer Meinung, haltbaren Frieden ermöglichen, in unzweideutige Worte gefaßt und, bis ins Einzelne klar, die Anwendung dieser Grundsätze auf alle zu beantwortenden Fragen vorgezeichnet. Nicht so deutlich waren die Vorschläge der Centralmächte; sie schienen aber einer Deutung in dem Sinn freier Entwickelung zugänglich, bis ihnen das Programm greifbarer Einzelbedingungen folgte. Das bot nicht das kleinste Zugeständniß, weder für das Hoheitrecht Rußlands noch für die anderen Völker, um deren Schicksal der Streit geht, sondern zeigte nur den Entschluß, jedes Landstück, jede Provinz und Stadt, jeden Stützpunkt, alles von den Truppen der Centralreiche besetzte Gebiet zu dauernder Mehrung der Territorialmacht dieser Reiche nutzbar zu machen. Vernunft zwingt uns in den Glauben, daß die ersten, noch nicht ins Einzelne gehenden Vorschläge aus dem Geist der etwas liberaleren Staatsmänner kamen, die, in Deutschland und Oesterreich, die wahre Kraft, das Wollen und Sehnen ihrer Völker zu fühlen beginnen; daß der Ursprung der Einzelbedingungen aber in den Köpfen der Armeeführer zu suchen ist, die kein ande-

res Ziel kennen als das von der Losung bezeichnete: ‚Behalten, was man hat'. Da Rußlands Vertreter aufrichtig und ernst bei der Sache waren, konnten sie Vorschläge, die auf Eroberung und Gewaltherrschaft abzielten, gar nicht erst in Erwägung ziehen. Der Zwischenfall, der zu Abbruch führte, ist bedeutsam, aber auch geeignet zu Wirrung des Urtheils. Mit wem verhandelt denn Rußland? Sprechen die Wortführer der Centralreiche im Namen der Parlamentsmehrheiten oder in dem der militaristisch-imperialistischen Minderheit, die sich die Herrschaft über den ganzen Bereich der Politik, auch der von ihnen in den Krieg gezerrten Türkei und Bulgariens, angemaßt hat? Die Russen handelten weise und durchaus im Geist moderner Demokratie, als sie für die Verhandlung mit den teutonischen und türkischen Staatsmännern offene Thüren forderten; die Welt sollte hören, was dort gesprochen werde. Wem aber haben wir nun gelauscht? Denen, die sich an den Beschluß des Deutschen Reichstages vom neunzehnten Juli 1917 halten, oder Denen, die auf Eroberung und Unterjochung ausgehen? Horchte unser Ohr vielleicht auf beide Gruppen, deren Meinungen noch mitten in hoffnungslosem Streit sind? Ungeheurer Ernst wohnt in diesen Fragen: denn an der Antwort hängt der Friede der Welt. Doch wie immer in Brest-Litowsk die Verhandlung enden und welchen Schluß man daraus ziehen möge: die Sprecher der Centralreiche haben uns ihre Kriegsziele angedeutet und ihre Gegner aufgefordert, nun auch ihre Ziele deutlich zu zeigen und zu sagen, welche Neuordnung sie als gerecht und befriedigend hinnehmen würden. Wir haben nicht den allergeringsten Grund, dieser Aufforderung nicht mit rückhaltloser Offenheit zu folgen. Wir sprechen nicht zum ersten Mal. Oft genug haben wir, nicht in allgemeiner Redensart, sondern mit bündiger Klarheit, der Welt die Meinungen und Absichten ausgesprochen, denen der Friedensschluß genügen muß. In der vorigen Woche erst hat Herr Lloyd George mit bewundernswerthem Geist und Freimuth für Volk und Regirung Britaniens gesprochen. Die Gegner der Centralreiche sind nicht durch irgendeinen Meinungszwiespalt geschieden; sie sind einig und bis ins Einzelne in Klarheit über ihre Grundsätze. Geheimnißkrämerei, Mangel an Aufrichtigkeit und genauer Angabe des Zieles ist nur auf der Seite Deutschlands und seiner Genossen sichtbar. Und doch entscheiden

diese Erklärungen über Leben und Tod. Kein Staatsmann, in dem auch nur das geringste Bewußtsein der Verantwortlichkeit lebt, könnte für eines Augenblickes Dauer die fürchterliche Vergeudung von Blut und Gut verlängern, wenn er nicht gewiß wäre, daß solches Lebensopfer für das wahre Leben der Menschengesellschaft unentbehrlich ist und von seinem Volk als eben so unvermeidliche Gerechtigkeitpflicht empfunden wird. Und nun ertönt noch eine Stimme, die nach genauer Angabe der Grundsätze und Vorschläge verlangt: und ihr Klang ist noch schriller, packt uns noch tiefer als der all der rührenden Stimmen, von denen die aufgestörten Lüfte der Welt widerhallen. Ich meine die Stimme des Russenvolkes. Das scheint in hilfloser Ohnmacht vor der grimmigen, von Milde und Mitleid fernen Gewalt Deutschlands hingesunken. Die Kraft Rußlands ist gebrochen; seine Seele aber will sich nicht ins Joch fügen, will in Grundsatz und Handeln sich selbst treu bleiben. Seine Auffassung von Recht und Menschlichkeit hat es mit weitsichtiger Aufrichtigkeit, mit edlem Verständniß für das Menschheitsehnen verkündet und dadurch den Dank jedes Menschheilfreundes erworben. Um den Preis seiner Ideale und seiner Anderen gelobten Treue will es nicht gerettet sein. Die Stimme dieses Volkes sucht unser Ohr: wir sollen sagen, was wir wollen, ob und worin unser Wollen von seinem abweicht: und ich bin überzeugt, daß unser Volk von mir rückhaltlose offene Antwort erwartet. Ob die russischen Machthaber von heute dran glauben oder nicht: unser Herzenswunsch und unsere Hoffnung ist, irgendeine Möglichkeit zu finden, die uns erlaubt, dem russischen Volk zur Erfüllung seiner Wünsche nach Freiheit und Friedensordnung zu helfen. Wir wünschen und fordern, daß vom Beginn der Friedenserörterung an volle Offenheit und Oeffentlichkeit herrsche und fortan Geheimabkommen irgendwelcher Art nicht mehr geduldet werde. Wie die Zeit des Eroberns und der Gebietsdehnung, so liegt auch die geheimer Verträge hinter uns; solche Verträge, die einzelnen Regirungen Sondervortheil sichern sollten, konnten plötzlich, wider alles Erwarten, den Erdfrieden gefährden. Daß diese Zeit entschwunden ist, muß, als eine beglückende Thatsache, jedem öffentlich wirkenden Mann klar geworden sein, der nicht im Gedankenkreis abgestorbener Tage lebt. Jede Nation darf fortan jede mit der Gerechtigkeit und dem Erdfrieden vereinbare Absicht offen

ankünden und sich stets zu den Zielen bekennen, die ihrem Streben nothwendig und mit Menschheitrecht vereinbar scheinen.

Wir sind in den Krieg eingetreten, weil das Recht verletzt, unser eigenes Leben dadurch schmerzhaft berührt worden war und unerträglich geworden wäre, wenn das Unrecht nicht gesühnt, die Welt nicht vor Rückfall gesichert würde. Wir erwarten und verlangen von diesem Krieg nicht irgendwelchen Sondervortheil. Wir verlangen nur: Weltordnung, die das freie Leben der Völker schirmt und jedem Volk, nicht nur unserem, das Recht verbürgt, sein Leben nach ungehemmtem Ermessen einzurichten, jedem das gerechte Wohlwollen der anderen sichert, jedes vor eigennützigem Angriff und Uebertwältigung schützt. Dahin müssen alle Völker streben; dahin weist aller Interesse. Uns wenigstens ist durchaus klar, daß wir gerechter Behandlung nur sicher sein dürfen, wenn sie allen Völkern gesichert ist. Unser Programm fordert Weltfrieden; und kein anderes dünkt uns heute noch möglich.

1. Alle Friedenserörterung muß öffentlich, jeder Friedensvertrag öffentlich nachprüfbar sein; internationale Geheimabkommen soll es nicht mehr geben und die Diplomatie ihr Geschäft vor Aller Auge treiben. 2. Ungeschmälerte Freiheit der Seeschiffahrt (außer in Territorialgewässern) in Friedens- und Kriegszeit; gesperrt ist ihr nur die See, die durch internationalen Beschluß, zu Sicherung internationaler Uebereinkunft, Allen verschlossen ist. 3. Fall aller entbehrlichen Wirthschaftschranken; Gleichheit der Handelsbedingungen für alle Völker, die Frieden wollen und zu seiner Wahrung bereit sind. 4. Bürgschaft für gleiche Minderung der Wehrmacht bis auf den niedrigsten Rüstungstand, der die innere Ordnung der Staaten sichert. 5. Aufrichtige und vollkommen unparteiische Schlichtung allen Streites um Kolonien; als unerschütterliche Grundlage aller Entscheidung über Hoheitrechte das Bewußtsein, daß die Rechte der Ureinwohner das selbe Gewicht haben wie die der Regirung, deren Souverainetät abgegrenzt werden soll. 6. Räumung des Rußland gehörigen Landes; allen Rußland berührenden Fragen ist die Antwort zu suchen, die diesem Reich Unabhängigkeit, freie Entwickelung und Wahl seiner nationalen Einrichtung, freie und gedeihliche Gemeinschaftarbeit mit den anderen Völkern der Erde sichert. Rußland muß freundlicher Aufnahme in die Gesellschaft der freien Völker gewiß sein,

selbst sich die Gesetze geben, die es wünscht, und stets Beistand finden, wenn es ihn ersehnt. Die Behandlung, die im Lauf der nächsten Monate dem Russenvolk von den Brudervölkern gewährt wird, muß den guten Willen dieser Völker und ihr selbstloses Verständniß für Rußlands Nöthe erweisen: und damit eine Probe für das später von ihnen zu Erwartende sein. 7. Der ganze Erdball ist in der Ueberzeugung einig, daß Belgien geräumt, wiederhergestellt werden und in seinen souverainen Rechten so unangetastet bleiben muß wie jedes freie Volk, das sich solcher Rechte erfreut. Keine andere Einzelhandlung vermag so viel wie diese zur Erneuung des Völkervertrauens auf die Haltbarkeit der Gesetze, die nach dem Willen der Völker den internationalen Verkehr regeln sollen. Alles Völkerrecht wäre ohne solche Heilwirkung für immer entkräftet. 8. Frankreichs Land muß frei und dessen verheerter Theil wiederaufgebaut werden. Damit, im Interesse aller Völker, der Friede gesichert sei, muß das Unrecht, das Preußen 1871 that, als es den Franzosen Elsaß-Lothringen nahm, und das fast ein Halbjahrhundert lang diesen Frieden gefährdete, in Ordnung gebracht werden. 9. Die deutlich erkennbare Linie des nationalen Besitzstandes muß Italiens Grenzen bestimmen. 10. Oesterreich-Ungarn, dem wir in der Nationengesellschaft einen geschützten Platz sichern wollen, muß, so schnell, wie es irgend kann, seinen Völkern die Gewißheit freier Entwickelung verbürgen. 11. Räumung und Wiederherstellung Rumäniens, Serbiens, Montenegros. Serbien erhält freien und sicheren Ausgang ins Meer. In freundlicher Aussprache sollen, auf dem festen Boden historischer Ueberlieferung, die Balkanstaaten sich über Verwandtschaft und Nationalbedürfniß verständigen; allen ist der Gebietsstand, die politische und wirthschaftliche Unabhängigkeit international zu verbürgen. Auch zu dieser Verständigung soll der Rath der Nationen mitwirken. 12. Sicherung der Osmanensouverainetät über alle türkischen Reichstheile; aber auch Sicherung des selbständigen Lebens und ganz unbelästigter Entwickelung für die nicht türkischen Völker, die bisher unter Osmanenherrschaft standen. Allen Schiffen und dem Handel aller Völker sind, unter internationaler Bürgschaft, die Dardanellen stets offen. 13. Das freie Polenreich muß alle von unbestreitbarer Polenmehrheit bewohnten Gebiete umfassen, freien Ausgang ins Meer haben und durch internatio-

nale Bürgschaft in seinem Landbesitzstand und seiner Wirthschaftsfreiheit geschützt sein. 14. Ein Völkerbund muß, in klaren Vertragsvorschriften, großen und kleinen Völkern unantastbaren Besitzstand und politische Freiheit durch Gemeinbürgschaft sichern.

Im Hinblick auf diese wesentlichen Versuche zu Unrechtssühnung und Rechtssicherung fühlen wir uns als schüchterne Gefährten aller gegen die Imperialisten vereinten Völker und Regierungen. Sonderinteressen können uns nicht spalten, verschiedene Meinungen über die Ziele uns nicht trennen. Bis ans Ende sind wir geeint; und werden kämpfen, bis die Abkommen und Verträge erlangt sind, die uns nothwendig scheinen. Nur, weil wir die Herrschaft des Rechtes und einen haltbaren Frieden wollen und weil gerechter Friede unerreichbar ist, wenn nicht die Haupturſachen des Krieges auf dem von unserem Programm vorgezeichneten Weg fortgeräumt werden. Wir hegen keine Eifersucht auf Deutschlands Größe; und durch unser Programm würde sie nicht verkleinert. Wir neiden ihm weder wissenschaftliche Erfolge und Ehren noch irgendein Unternehmen, das seinem Namen Klang und Glanz erwarb. Wir wollen es nicht kränken noch seine Macht, seinen Einfluß da schmälern, wo sie berechtigt sind. Will es sich durch gerechte Verträge uns und anderen friedlichen Völkern zu aufrichtiger Achtung der Gesetze und nationalen Anstandspflichten gesellen, so denken wir nicht daran, es mit der Waffe oder mit feindsäliger Wirthschaftvereinbarung zu bekämpfen. Wir wünschen nur, daß es auf seinem Platz in der Welt, in der neuen Welt unserer Tage, anderen Völkern gleiches Recht gewähre. Fern ist uns das Erdreisten, ihm Umsturz oder Umbildung seiner Inneneinrichtung aufzuzwingen. Offen aber müssen wir aussprechen: Vorbedingniß jeder vernünftigen Friedenserörterung ist Klarheit darüber, ob hinter seinen Wortführern die Reichstagsmehrheit steht, ob die Militärpartei und die Schaar, in der noch die Hoffnung auf Weltbeherrschung lebt. Ich habe nun wohl so unzweideutig klar gesprochen, daß für Zweifel und Frage nicht der winzigste Raum mehr bleibt. Das ganze Programm, das ich verkündete, rankt sich um den einen Grundsatz: Allen Völkern, starken und schwachen, allen Stämmen, großen und kleinen, gleiches Recht, in gesicherter Freiheit so zu leben, wie ihnen beliebt. Der Bau internationalen Rechtes kann weder ganz noch in irgendeinem Theil

standhaft dauern, wenn dieser Grundsatz nicht sein Fundament ist. Das Volk der Vereinigten Staaten kann sein Leben nicht anderem Grundsatz anpassen und ist, ihn zu vertheidigen und zu allgemeiner Geltung zu bringen, zum Opfer seiner Habe, zum vollen Einsatz von Ehre und Leben bereit. In diesem gewaltigsten, in diesem letzten Krieg für die Freiheit des Menschengeschlechtes ist der Gipfelpunkt sittlichen Empfindens erkommen. Unsere Kraft, unser reiner Wille, die Lauterkeit unserer Hingebung und ihres Zweckes muß nun die Probe bestehen. Wir sind in Bereitschaft."

Beide Programme, die an keiner irgendwie wesentlichen Stelle von einander abweichen, haben in viel breiteren Kreisen als je zuvor die Ankündung einer Friedensmöglichkeit Beifall gefunden. Nicht nur im Gebiet englischer Sprache, wo von Lansdowne bis zu Henderson, von Carson bis zu Redmond, von Bryan bis zu Roosevelt Alles sich um das von den regirenden Vertrauensmännern der Nationen himmelwärts gehobene Banner schaart, und in den paar noch neutralen Ländern. In allen Lagern der dem Deutschen Reich von 1914 feindlichen Mächte. Die wichtigsten Stimmungzeichen findet man heute in „L'Humanité", dem Hauptblatt französischer Sozialisten, das fast immer zugleich den Gedanken aller westlichen Arbeiterverbände ausspricht. Da wurden die Reden der zwei Demokraten wie Erlösung begrüßt. „Warum sprechen die Centralreiche nicht eben so offen? Warum bringt selbst der Wunsch, die Bolschewiki in den Schein guten Willens zu locken, sie nicht über unklare, mühsam die Drohung verschleiernde Formeln hinaus? Weil die berliner Regirung ihre ‚Kriegsziele' nicht, ohne das Weltgewissen zu empören, verkünden noch sie, ohne sich in den Augen des Volkes selbst zu verdammen, aufgeben kann. Dieses Volk glaubt noch immer, daß es zu seiner Vertheidigung kämpft, daß die Gegner das Deutsche Reich vernichten, ihm die schwer errungene Einheit rauben wollen. Pflicht und Interesse gebieten uns, diesen Wahn zu zerstören. Abermals haben deshalb die Verbündeten gesagt, daß sie nur für Recht und Gerechtigkeit kämpfen und das Dasein Deutschlands nicht bedrohen. Dessen Platz im Völkerbund wird nur so lange leer sein, wie Deutschland selbst will; es kann ihn besetzen, sobald es sich dazu bereitet hat. Aus unserem Lager ist aller Imperialismus, ist der Geist der Eroberung und des Wirthschaftdruckes nun verbannt. Das muß auf Deutschlands Oeffentliche Meinung tiefen Eindruck machen, wenn

sie die Aufrichtigkeit unseres Wollens erkannt hat. Nach einundvierzig Monaten der Trauer, des Elends ist rückhaltlose Rede und der Muth zu Beschlüssen nöthig, die man, früh oder spät, doch fassen muß, um in Frieden zu gelangen. In der Antwort auf die Fragenliste des skandinavo-holländischen Ausschusses hat Frankreichs Sozialistenpartei gesagt, wie sie die Zukunft Elsaß-Lothringens gestaltet sehen will. Das Selbstbestimmungrecht der Völker muß für alle streitigen Fälle, nicht nur für einen, gesichert und unter die Obhut des Obersten Schiedsgerichtshofes gestellt werden, der die Macht haben muß, alle Versuche zu Knebelung oder Korruption vor, alle Versuche zu Rache nach der Volksabstimmung wirksam zu ahnden. Nicht als eine Gebietsfrage: als eine Frage des Rechtes steht, vor der Internationale wie vor den kämpfenden Völkern, die elsaß-lothringische. ‚Kein Dauerfriede, ehe die in Europa unterdrückten Volkstheile das Selbstbestimmungrecht haben und ehe zwischen Frankreich und Elsaß-Lothringen, im Namen unverjährbaren Rechtes, wieder das Band fest geknüpft ist, das von roher Gewalt, trotz Bebels und Liebknechts Widerspruch, 1871 zerschnitten wurde. Ist das Recht wiederhergestellt, dann wird weise Voraussicht unserer Republik empfehlen, Elsaß-Lothringen noch einmal zu fragen, ob es, wie seine Vertreter der Nationalversammlung in Bordeaux gelobten, unserer Volksgemeinschaft angehören wolle.‘ Da Deutschland uns den Krieg erklärt, also den Friedensstand aufgehoben, den frankfurter Vertrag gebrochen hat, ist auch das Abkommen nichtig, das, obwohl es nur von Gewalt erwirkt war, Frankreich vierundvierzig Jahre lang nicht zu brechen versucht hat. Heute darf es, auf Gesetzesboden, sprechen: Mit dem frankfurter Vertrag sind auch dessen verpflichtende Wirkungen hinfällig. Darf man uns etwa sagen, Frankreich habe selbst Elsaß-Lothringen als eine Frucht des Erobererkrieges eingesteckt und das damals überwältigte Deutschland dürfe das 1871 wiedererlangte Eigenthum auch jetzt behalten? Aus freiem Willen sind, 1790, in der Zeit der Revolution, die zwei Provinzen dem Gründungakt des Franzosenbundes beigetreten. Wenn wir, vor der Welt, laut die Wiederherstellung unserer nationalen Einheit fordern, so berufen wir uns nicht auf geschichtliches oder dynastisches Erobererrecht, sondern auf den oft ausgesprochenen Willen der Elsaß-Lothringer. Weil sie ihre Freiheit nicht um den Preis von Millionen Leichen erkaufen wollten, waren vor dem Krieg die So-

zialisten Elsaß-Lothringens bereit, sich mit republikanischer Selbstverwaltung im Schoß des Deutschen Reiches zu begnügen. Heute fordern Frankreichs Sozialisten, trotz der Unantastbarkeit unseres Rechtsanspruches, daß dem Volk Elsaß-Lothringens die Gelegenheit zu freier Abstimmung gegeben werde. Wir wollen der civilisirten Menschheit die Wiederkehr eines Gemetzels ersparen, dessen Blutstrom die Erde schändet; wollen, daß die Rechtsmacht des Völkerbundes dem anarchischen Zustand des Völkerneides folge, der den Krieg gebar. Wilson denkt, wie Jaurès gedacht hat, als er, in seinem Werk ‚L'armée nouvelle', voraussagte, das auf Absolutismus und Militarismus gestützte Deutschland werde, wenn es sich in den Kampf gegen klares Recht und reine Gerechtigkeit wage, eine der Niederlagen erleiden, deren Folge in nur auf Gewalt beruhenden Reichen die Revolution sein muß. Nie sind wirksamere Worte als Wilsons gesprochen worden. Sie müssen die Gewissensnoth mehren, deren Wachsthum wir im Lager der Gegner eben so spüren wie die Häufung der durch das Kriegselend geschaffenen Lebenshemmnisse. Alle Hauptfragen neuer Weltordnung werden von unserer Sozialdemokratischen Partei in Einklang mit der amerikanischen Demokratie beantwortet."

Ein Sprung nach rechts. Im „Figaro" sagt Herr Joseph Reinach: „England, das nichts für sich fordert, hat sich selbst dadurch geehrt, daß es beiden Parteien feste Rechtsgrenzen zeigt. Wird Deutschland noch länger behaupten, daß wir trachten, es politisch und wirthschaftlich zu vernichten? Herbergt es eine Mehrheit, auch nur eine Minderheit Stocktauber? Wir müssen warten. Eine Schlacht ist, militärisch und diplomatisch, der Zusammenstoß zweier Willensströme. Wir wollen Frieden, der auf Recht ruht. Steift Deutschland sich halsstarrig auf Frieden, den das Unrecht erzwingen soll? Das mag es selbst sagen!" Herr Gustave Hervé, heute der Liebling der Front und des Hinterlandes, in „LaVictoire": „Bis ins Innerste wird, auf der ganzen Erde, Wilsons Botschaft alle Menschen, die guten Willens sind, bewegen. Washingtons und Lincolns würdiger Erbe sprach, als säße er schon dem Völkerbund vor, für dessen Stiftung noch Millionen leiden und sterben, als präsidire er, in parteiloser Gerechtigkeit, schon dem internationalen Gerichtshof, dessen Aufgabe sein wird, Krieg zu hindern und die Völker zu versöhnen. Seine Rede wird, neben unserer Verkündung der Menschenrechte, eine unsterbliche Urkunde der

Menschheit bleiben. In allen Einzelbedingungen ist er mit Lloyd George einig. Aus seiner Rede weht der Athem heiterer Hoheit, überströmender Güte; und aus gütigem Brudergefühl spricht er auch zu dem revolutionären Rußland und zum deutschen Volk. Unsere ‚Realisten‘, die den Werth des Unwägbaren, der sittlichen Mächte niemals richtig ermessen, mögen vor diesem Plan zu organisirtem Erdfrieden die Achseln nicht allzu schnell heben. Uns Verbündeten ist Wilsons Rede ein neuer Sieg an der Marne.“ Staatssekretär Balfour in Edinburgh: „Nirgends kommt in Wilsons Rede die Selbstsucht, schäbiger Nationaldünkel zu Wort. Edle Sittlichkeit, ehrliche Freiheitliebe, vornehmes Mitgefühl mit Leid und Streit aller Völker, großer und kleiner: aus jedem Wort des Präsidenten klingt dieser Ton uns ins Ohr. Warum wird, trotz furchtbarer Finanzkrisis, trotz der Lebensgefahr, die auf den Weltmärkten der deutschen Industrie droht, Deutschlands Jugend noch weiter in die Metzelwerkstatt geworfen? Damit der Fehler von 1871 nicht getilgt, Belgien nicht befreit und wiederaufgebaut, Italiens und Polens Einung gehindert werde; damit in Mesopotamien, Arabien, Jerusalem wieder die Türken, in Griechenland die Leute, die es verriethen, herrschen, Rumänien, Serbien, Montenegro nicht in Freiheit ihr nationales Leben so ausgestalten, wie es, nach ihrer Ueberzeugung, für die Sache europäischer Civilisation förderlich würde. Um an diese Ziele zu gelangen, ist Deutschland, nach eigenem Geständniß, entschlossen, noch länger die Welt tief in Trauer zu tauchen. Uns hat nicht Selbstsucht in den Krieg gedrängt und nicht ein Ziel der Selbsucht lockt uns, auf jede Gefahr den Kampf bis ans Ende fortzuführen. Wir kämpfen gegen die ‚Realpolitik‘ getaufte Brutalitätherrschaft, in deren Rechnung nur die rohe Kraft zählt und nach deren Wunsch alle Neuordnung der Erde in Ewigkeit nur von Gewalt bestimmt werden darf.“ Zurück nach links. Die Ausschüsse aller starken britischen Arbeiterverbände haben sich zu der Erklärung vereint: „Die große Gewissenskraft und der Weitblick des Herrn Wilson zeigen sich besonders deutlich in der Thatsache, daß er für die künftige Friedensverhandlung uneingeschränkte Oeffentlichkeit fordert und Geheimabkommen irgendwelcher Art nicht mehr zulassen will. Herzlich freuen wir uns auch seiner Sympathie mit Rußlands Streben in ungeschmälerte Freiheit. Die russische Demokratie darf gewiß sein, daß wir, daß alle Bundesgenossen ihren

Kampf für Frieden und Freiheit mitkämpfen und aufrichtig wünschen, ihr alle nützlichen Früchte der Revolution erhalten zu sehen. Den Begriff ‚Freiheit der Meere‘ hat Herr Wilson so offen und weitherzig erklärt, daß wir auch dafür ihm Dank schulden. Die Centralreiche, die auf die Freiheit der Meere so hohes Werthgewicht legen, müssen, wenn sie wirklich nicht neue Angriffspläne schmieden, mit dieser Erklärung eben so zufrieden sein wie wir, denen keine andere Begriffsdeutung die Sicherheit unseres Inselreiches in Kriegszeit so fest zu verbürgen scheint. Das Programm des Herrn Wilson stimmt in allen Hauptpunkten mit dem der britischen Arbeiter überein; und die kleinen Abweichungen brauchen wir nicht ausführlich zu erörtern.“ Aus den fünfundzwanzig wider Deutschland verbündeten Staaten wären tausend Stimmen ähnlichen Klanges hörbar zu machen. Besonders gewichtig ist die der Iren, an deren Britengroll sich bei bei uns manche Hoffnung gehefet hatte. Herr Redmond, der Führer der Nationalistenpartei, hat laut zugestimmt; und das American-Irish Constitutional Liberty Comittee hat ihm, mit einer ersten Spende (einer Viertelmillion Mark) an die Partei, übers Meer die Mahnung geschickt, der Sache Amerikas und seiner Genossen unter allen Umständen treu zu bleiben. „Wer jetzt einen der Verbündeten stört oder schwächt, stört und schwächt jeden und alle. Ist feindsäliges Handeln gegen England heute etwa Hilfe für Amerika und Frankreich? In jedem Iren, der dem Britenreich Schwierigkeit bereitet, müssen wir einen Hinderer des Krieges sehen, der den Vereinigten Staaten aufgezwungen wurde. In Amerika fänden Sie nicht einen echten, redlichen Iren, der nicht hinter dem Präsidenten steht und für dessen Politik eintritt; nicht einen einzigen. Die Männer aus Irenblut schaaren sich, alle, froh um Amerikas Fahne, die vielen Tausenden ihrer Brüder den Schutz der Freiheit gewährt hat. Kann ihnen, in Irland, ein Ire in den Rücken fallen? Der Gedanke ist unausdenkbar. In dem Weltkampf zwischen Recht und Unrecht, Freiheit und Knechtschaft, Demokratie und Autokratie konnte und kann Irland vor der Wahl seiner Stellung nicht zaudern. Erniedert es sich in Politik, die unseren Feinden, den Feinden Amerikas nützt, dann erwirbt es Haß und Hohn aus dem Lager der Freiheitfreunde.“

Wien-Berlin.

Vor der Erwägung der Antwort, die dem in fünf Erdtheilen bejubelten, nicht nur von Feinden Deutschlands gepriesenen Frie-

densprogramm und Umordnungplan gebührt, muß das Verhältniß des Deutschen Reiches zu seinen Kriegsgenossen betrachtet werden. Zunächst ist der Weg von Persönlichem, Allzupersönlichem zu säubern. Am sechzehnten Februar stand in dem wiener „Fremdenblatt", das als Organ des Oesterreich und Ungarn gemeinsamen Auswärtigen Amtes gilt, ein Artikel, der dem Staatssekretär Von Kühlmann das Vertrauen der Völker und Regirungen Oesterreich-Ungarns aussprach und von dem Gedanken, auf den Platz dieses Herrn den Fürsten Bülow zu setzen, derb heraus sagte, er sei dem Wollen beider Reichshälften durchaus zuwider. „Wir mischen uns nicht in die Angelegenheiten anderer, wenn auch noch so eng befreundeter Staaten, weil wir selbst ausländischen Einspruch in unsere inneren Angelegenheiten nicht zulassen wollen. Dies ist aber keine ausschließlich deutsche Angelegenheit: denn die beiden Monarchien sind verbunden wie die siamesischen Zwillinge und der erste Friedensunterhändler Deutschlands hat auch die allergrößte Bedeutung für Oesterreich-Ungarn. Dessen Vertrauen hat Fürst Bülow nicht." Die Begründung, der Hinweis auf des Fürsten Botschafterbetrieb in Rom, ist heute nicht mehr, noch nicht wieder sehr wichtig. Ob Italiens Rüstung zu spät fertig wurde, ob Ueberrednerkünste des Fürsten, wie dessen Sippe behauptet, es hinhielten, bis die ihm günstigste Stunde verzaubert war, wird, wenn wir je wieder im Zustand würdiger Freiheit leben, leicht festzustellen sein. Das „Ausbieten austro-ungarischen Gebietes an die italische Regirung" geschah, wie die rügenden Wiener wissen, in steter Eintracht mit allen berliner Instanzen, Kaiser, Kanzler, Reichstag; und schleuderte weder Herrn von Bethmann noch den parlamentarischen Weihbischof des Fürsten aus dem Vertrauen der Monarchie. Deren Geschäftsführer haben unserem letzten Römerbotschafter besonders dick angekreidet, daß er in Handeln und Reden gegen die bequeme Legende zeugte, Italien habe tückisch, ohne den schmalsten Grund, den Bündnißvertrag gebrochen. Die gescheiten Wiener müßten sich eigentlich sagen, daß nach der Offenbarung Giolittis, dem Dokument San Giulianos, nach Monate währender Verhandlung über Italiens Entschädigungrecht diese Legende in sich zerfallen mußte. Habe ich einem Staat, trotz verpflichtendem Bündniß, das Neutralenrecht zuerkannt, so ist damit zugleich ausgesprochen, daß er in diesem Fall zu Mitkampf

(wie für jeden Abwehrkrieg) nicht verpflichtet war; habe ich ihm als Preis des Verharrens in Neutralität Landstücke, große oder kleine, angeboten, so ist damit sein Recht zu anderem Handeln (zu mir feindlichem, das ich ihm abkaufen wollte) anerkannt. Ganz aufrichtig war der wiener Offiziosus nicht. Daß er den Angriff auf eigene Faust gewagt, nicht gewußt habe, welche berliner Großmacht ihm den heiklen Dienst danken werde, glauben nur Kinder. Nur böse Narren, daß Herr von Kühlmann, der, in selbstgewollter Klemme, aller Großmacht, leider unähnlich ist, den (ihm höchst schädlichen) Artikel erwirkt habe. Der wäre aufrichtig gewesen, wenn er gesagt hätte: „Fürst Bülow darf auf Oesterreich-Ungarns Vertrauen nicht rechnen, weil er das aller Militaristen, Kriegausbeuter, Maulannektirer, Amokläufer, aller von Kriegsprofit Gemästeten und von ihrer Mast Preßknechte Löhnenden erworben hat." An Oesterreich-Ungarns Recht zu solcher Rede kann, da sichs um seine ernsteste Lebensfrage handelt, trotz hundert Rüpelantworten nicht gezweifelt werden. Auf dem stillen Weg der Diplomatie hat es seine Meinung mehr als einmal ausgesprochen; mußte sie auch öffentlich aussprechen, weil von Mond zu Mond die Mächlerei widriger und gefährlicher wird. Deshalb fühle ich mich verpflichtet, rückhaltlos darüber zu reden. In den ersten Kriegsjahren schien mir die Rückkehr des Fürsten Bülow ins Kanzleramt nützlich. Nicht, weil ich seine Politik (Panzerflotte und Bagdadbahn, Tanger und Algesiras, Islam und England), die mancher heute grausig nachwirkenden Hauptfehler schuldig ist, freundlicher als zuvor beurtheilte. Niemals. Aber er war in den Wehenstunden des Krieges (dem er, sicher, auszubiegen vermocht hätte nicht in der Wochenstube gewesen, würde nicht stets, wie Raskolnikow an den Ort der That, in das Klagelied von Ueberfall zurücktaumeln, nicht, um sich zu entlasten, Andere schmähen; ist, ohne Schöpfergeist und Vision, klug, gebildet, wendig, kennt das europäische Diplomatenpersonal, weiß einer Verhandlung Atmosphäre zu geben und hat eine behutsame Hand; vielleicht auch Mancherlei zugelernt, seit er nicht mehr zu den Regirern gehört. (Dazu gehören, dem Reich zu Unheil, all diese betitelten, besternten Herren von den Referendarstagen an: und ahnen drum nicht, wie das Volk lebt, das sie bezahlt und die Reichskräfte zeugt. Daß er aus Pfründnersvorrecht immer wieder in Lebensnothwendigkeit, Kampf ums Dasein, neue Auslese zwingt, ist nicht der unbeträcht-

lichste Nutzen des Parlamentarismus.) Kein Nachfolger hatte und hat die Intelligenz, die flinke Auffassung, die Diplomatenbeweglichkeit des Fürsten Bülow; und das Bedenken, daß ihm draußen fast Keiner traut, hätte er, mit solchen Gaben, vielleicht entkräftet. In einer Zeit, die Experimente mit Unerprobten verbot, schien er zur Liquidation des Krieges tauglich. Das war. Heute ist er, für die Aemter des Kanzlers, des Verhandlungführers oder, nach „patriotischem Opfer", des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, der Kandidat aller Militaristen und der ideell oder materiell ihnen Verbündeten. Er hat, durch ein üppig gedrucktes Buch, die Ueberzeugung verbreitet, das Deutsche Reich müsse sich fremdes Land, Westeuropäerland gar eingliedern („wenigstens Briey und Longwy", sagen jetzt seine Freunde). Für ihn fuchtelt, lärmt, zappelt ein bunter Troß, in dem Unwissenden, durch Erwerbszufall oder Verlegergunst kenntnißlos in die Politik Verschlagenen und Lanzknechten sich Leute gesellen, die allerlei Gründe hätten, die grelle Beleuchtung ihres Werdens und Wollens zu scheuen, die morgen unvermeidlich werden kann. Für ihn eifern Prächtige, die, als er im Kanzleramt blühte, ihn einen Seiltänzer schalten, der, hofften sie, bald den Hals brechen werde. Nach seinem Rücktritt schrieb er in den Hamburgischen Korrespondenten: „Die Konservative Partei hat dem Centrum Handlangerdienst geleistet, Wasser auf die Mühlen der sozialdemokratischen Agitation geleitet, mit den Interessen der Monarchie und des Landes ein frivoles Spiel getrieben." Schlimmeres noch über Fraktion und Führer; deren Mann, Hoffnung, Hort ist er heute. Favorit der Schwertträger, die ihn Jahre lang als schlappen Lächler und Schaumschläger verschrien. Und, dennoch, vornan auf der Liste einzelner Sozialistenhäupter, die ringsum ausplaudern, wie vernünftig, wie modern er zu ihnen gesprochen habe. „Erweist Das nicht, Alles, seine Geschicklichkeit?" Sicher; doch eine, der morgen nichts mehr gelingen kann. Die Welt ist anders geworden. Die Leitgedanken der von mindestens vier Fünfteln der Menschheit ersehnten Umordnung (Abrüstung, Entmilitarisirung des Staatsgeistes, Völkerbund mit vollzugsfähigem Schiedsgericht, allgemeiner Verzicht auf den starren, jede Volksminderheit knebelnden Begriff der Staatshoheit, Internationalisirung der Rechtspflicht und des Aufsichtrechtes), diese Gedanken, ohne deren Verwirklichung haltbare Ordnung nicht wird, werden kann und darf, würde Fürst Bülow nicht in

frommer Zärtlichkeit umfangen. Soll er, der den Polen die Schmach des Enteignungsgesetzes aufzwang, ihnen morgen in die amtlich verheißene Reichsauferstehung helfen? Mit Herrn Trotzkij oder dessen Erben verhandeln, die er, als „Schnorrer und Hausirer“, dem jedem Kitzel feilen Gelächter des Reichstages auslieferte? Mit den in Amerika, England, Frankreich herrschenden Ethospolitikern und Vernunftsozialisten, die seine Sprache kaum verstünden, seine Künste und Mittel wie unheimlichen Spuk anstaunen müßten? Er hat seinen Standpunkt gewählt: im Knäuel Derer, die für Verwesendes kämpfen; weil sie unwissend sind, trotz allem Laffengeschnodder von „westlicher oder östlicher Orientirung“ doch Geschichte und Möglichkeit, Bedürfniß und Seele der Menschheit, der eigenen Volkheit nicht kennen oder lustig weiter fächeln, weiter behaglich sich in Privilegium lümmeln wollen. Dämmert oder leuchtet ihm anderes Ziel: er kann im Herrenhaus oder beim Festmahl reden, an den Kaiser oder Kanzler, ins Große Hauptquartier oder in die Presse schreiben; sauber sich von dem Troß und dessen (possirlichen) Wunschzetteln scheiden. Thut ers nicht, so ist er Allen, die Wiedervermählung des Deutschengeistes mit der Menschheit wollen, ein Feind. Der Rath seiner Erfahrung müßte in vielen Einzelfällen gehört werden. Aber ich kenne nicht einen politisch denkenden Menschen, der glaubt, an sichtbarer Stelle könne, in völlig gewandelter Welt, Fürst Bülow noch nützlich wirken. Er glaubts, vielleicht, selbst nicht; und der Gierdrang, die Schüssel, deren Dampf sein feines Näschen riecht, auszulöffeln, ist dem an Ehren Ueberreichen nicht zuzutrauen. Wäre der Kluge diesmal klug genug, nicht klug zu sein? Für das Amt des Schicksalsgestalters sich einer Zeit anzubieten, deren Sehnen nie seins ward? Ich wills nicht glauben. Da das Rübengelärm aber das Reichsgeschäft schädigt und, wenn es fortwährt, in schmerzhaft ernste Auseinandersetzung führen muß, sollte der Fürst zu seinen Leuten sprechen: „Stellet den Betrieb, endlich, ein. Schleppet mir nicht länger Menschen ins Haus, die ich mit duftigen Wortgewind anketten soll. Ohne Euren täppischen Uebereifer wäre ich Kanzler geworden, als ich dem Reich noch nützen konnte. Vorbei. Nutzlos war schon der Sturz des guten Bethmann; ists heute denn besser? Mit dem kindischen Gerede, der Chef des Civilkabinets, der auf selbständigen Willen redlich immer verzichtet hat, habe meinen Wiederaufstieg gehindert, macht Ihr mich vor Jedem, der mir die

Begünstigung so albernen Gefasels zutraut, lächerlich. Genug. Ich will nicht mit den Locktröpfchen einer Huldin besprengt sein, die mit jedem Vermöglichen schäkert. Euer Mühen, das, versteht sich, ganz selbstlos war, schätze ich nach Gebühr; und bleibe Euch dankbar. Jetzt aber gehts um den höchsten Einsatz. Lasset mich aus dem Spiel. Und, bitte, schimpfet die Oesterreicher nicht länger."

Auch dieser letzte Rath ist nothwendig; wird von drängendem Reichsinteresse gefordert. Seit Graf Czernin zum ersten Mal sagen ließ, daß er in Gemeinschaft mit dem Fürsten Bülow, dem Wollensgenossen des von Censorengnade in der Rolle des Volksheros erhaltenen Herrn von Tirpitz, nicht arbeiten könnte, hört das Gewühl gegen Oesterreich-Ungarn nicht auf. Dessen alte Kultur sträubt sich gegen unhöfliches, heftiger noch gegen unedles Wesen; wird niemals vergessen, wie oft ihm die Retterthaten unseres, die Mängel seines Heeres protzig ins Sichtfeld gerückt wurden; und Schreibflegeln bald antworten: „Wir waren, wie alle Akten erweisen, mit den Russen fast einig, als Ihr ihnen das Ultimatum, dann die Kriegserklärung schicktet, der unsere sechs Tage später folgte; und wir mußten ihr Heer, weil Eures die Marnetage erlebte, viel länger allein aufhalten, als voraussehbar und abgemacht war." Deutschlands Mannschaft, Strategie, Industrie hat für den Genossen Großes gethan; und die militärische, unpolitische Kriegsführung hat ihn, nur ihn und Bulgarien, von jeder Feindesgefahr befreit. Alle Feinde Oesterreich-Ungarns (die von uns nicht das winzigste Streitstoffhäufchen trennte) sind geschlagen (nicht etwa „vernichtet"); von keinem Feinde Deutschlands kanns der gewissenhaft Ernste behaupten. In so dornigem Strebensspalt müssen Anstand und Klugheit sich in den Rath einen, das Gefühl des mannichfach umworbenen Nachbars zu schonen; nicht seine empfindlichste Hautstelle mit Scheuerborsten wundzukratzen. Die Rüpelei eifernder Miethlinge, die brester Rede des Generalmajors Hoffmann (für die nicht der in seinem Fach rühmlich bewährte Apolitiker, sondern der Kanzler haftbar zu machen ist), das Welken der Hoffnung auf nahen Frieden mit Rußland hat die darbende Arbeiterschaft Oesterreich-Ungarns schon in den Beschluß des Massenstrike geärgert. Fünf oder sechs Tage lang standen alle Räder still. Keine Straßenbahn fuhr, keine Zeitung erschien, keine Granate wurde gedreht; weder Elektrolicht noch Theater. Im Reichsrath sprach Herr Dr. Victor

Adler, der alte Sozialistenführer: „Wer glaubt, in dem Ton, in der Art von Brest-Litowsk Frieden machen zu können, unterschätzt Rußland und beurtheilt die ganze Weltlage falsch. Unser Volk will nicht schweigend zusehen, wenn ein paar Herren das Schicksal der Friedensverhandlung, vielleicht gegen den Willen unserer Unterhändler, aufs Spiel setzen.“ Herr Dr. Zenker: „Die Einfügung der russischen Ostseeprovinzen in Preußen ist nicht ein Kriegsziel unseres Bürgerthumes; nicht einen halben Tag länger will es dafür kämpfen, daß Riga deutsch werde.“ Herr Dr. Ellenbogen: „Graf Czernin muß erfahren, daß die Situation längere Friedensverzögerung nicht erträgt.“ Noch Unsanfteres wurde gehört. Graf Czernin selbst ließ den Satz drucken: „Ich bürge und hafte dafür, daß auf unserer Seite der Friede nicht an Erobererabsicht scheitert.“ Die Arbeiter, denen das Bürgergefühl inniger als je zuvor in Oesterreich und Ungarn sich gesellte und deren Organisation über Nacht in Großmachtrang wuchs, haben alles wesentliche Begehren durchgesetzt. Oesterreich-Ungarn will weder Annexion noch Tribut, will Abrüstung und Völkerschiedsgericht, ist zu Gewähr nationaler Selbstverwaltung bereit und entschlossen, in Polen über Zugehörigkeit und Ordnung des werdenden Staates im Licht heller Freiheit abstimmen zu lassen: verzichtet also auf die Zusage des austro-magyarisch-polnischen Trialismus und wird nicht zürnen, wenn die Polen, uns zu kaum noch erhofftem Segen, sich dem russischen Staatenbund einknüpfen. Von wiener und pester Sowjets soll man nicht schwatzen; die Vorgänge aber recht ernst nehmen. Der ins Vertrauen der wiener Regirung zugelassene Vertreter des Berliner Tageblattes durfte schreiben: „Ein Niederkämpfen der Bewegung kommt, aus Gründen, die hier nicht erörtert werden sollen, kaum in Frage.“ Zu einem sozialdemokratischen Zeitungsmann sprach der Generalstabschef: „Auch im Heer denkt Niemand an Eroberung und Annexion; wir verstehen die Massenstimmung und wollen, wie sie, schnellen Friedensschluß.“ Der Knorr ertrage den Knubben: sonst splittert der Einmuth. (Wir brauchen ihn.)

Das war, Alles, leicht vorauszusehen. In der ersten Woche war in Brest-Litowsk der Friede zu erlangen, wenn den Joffe und Genossen offen gesagt wurde: „Nicht das Russenvolk haben wir bekämpft und geschlagen; reden zu Euch deshalb nicht in Siegerston, fordern nichts, werden so schnell, wie Ihrs ermöglicht, Euer Land räumen und, wenn eins der dort heimischen Völker in

völlig freier Abstimmung den Wunsch kündet, sich unserer Sphäre zu nähern, mit Euch berathen, wie er erfüllt werden könne. Wir wollen ehrlich versuchen, in Eintracht zu leben; bürgen dafür, daß die hier entbehrlichen Truppen zum Aufbau unserer Wirthschaft, nicht zu Kampf gegen die Euch noch Verbündeten, genützt werden; und rechnen auf Eure Kraft und Bereitschaft, das Lebensrecht, die Sicherheit und das Gewerbe aller auf Eurer Erde wohnenden Menschen deutschen Stammes zu wahren." Daß Herr Trotzkij selbst an den Bug reisen werde, um die weiße Kapitulantenfahne zu hissen, konnte nur Einfalt wähnen. Daß die geforderte „Ausscheidung von Polen, Litauen, Kurland, Theilen von Esthland und Livland aus dem russischen Reichsverband", die Forderung, Rußland solle sich als Europäermacht selbst morden, jeden haltbaren Friedensschluß hindern müsse, wurde am fünften Januar hier deutlich gesagt. Jetzt? Die Macht der Bolschewiki, denen, trotz schroffer Abkehr von den Westmächten, leidlicher Friede nicht gelang, bröckelt; weder sie noch gar ihre Folger werden die deutsche (doch fürs Deutsche Reich bis in Lebensgefahr verderbliche) Dezemberbasis betreten. Der Ukrainerdelegation bestreiten sie das Recht, im Namen der vom charkower Centralausschuß geleiteten Volksrepublik zu reden, zu handeln, mit den feindlichen Imperialisten Geheimverträge zu schließen. Und die „zum ersten Mal gefundene Grundlage zur Herstellung des Friedenszustandes"? Dieser Wortlaut, lesen wir, „war nicht zur Veröffentlichung bestimmt"; sagte, was Wahrhaftigkeit zu sagen verbot. Vom Montag bis Dinstag: Illumination. Dann nur noch: „Begründete Hoffnung, über die Grundlagen eines abzuschließenden Friedensvertrages Einigung zu erzielen." Mit Kiew (Rada) oder mit Charkow (Centralausschuß), vielleicht auch mit der Don-Republik des Generals Kaledin? Mußte Wolffs höchst offiziöses Telegraphenbureau erst aus Wien hören, was war und ist? Nimmt die Engleingeduld des Reichstages auch diese Fopperei hin? Er kann ohne Mühensaufwand erkunden, ob in der Türkei und in Bulgarien die Stimmung anders ist als in Oesterreich-Ungarn.

Septuagesima.

Am dritten Sonntag vor der Fastendämmerung werden auf den Kanzeln aus dem Ersten Brief des Apostels Paulus an die Korinther die Sätze verlesen: „Wisset Ihr nicht, daß in der Renn-

bahn zwar Alle laufen, doch nur Einer den Preis erlangt? Laufet so, daß Ihr ihn erlanget! Wer sich zu Wettkampf übt, enthält sich allem Schädlichen. Diese kasteien sich, um eine vergängliche, wir uns, um eine unvergängliche, also schönere Krone zu erwerben. Nicht Ungewissem laufe ich nach, mein Kampf ist nicht Luftgefuchtel und ich hüte mich, selbst als Sünder verworfen zu werden, nachdem ich Anderen gepredigt habe." Danach wohl, aus dem Buch des Matthaeus, das Gleichniß von dem Himmelreich und dem Weinbergsbesitzer, der alle vor seinem Auge Müßigen in Arbeit dingt, jeden mit einem Zehner löhnt und der Frage, warum langer Arbeit nicht mehr Lohn als kurzer werde, antwortet: „Nimm, was Dir, nach der Abrede, gebührt, und blicke nicht scheel, weil ich gütig bin. Dir wird daraus nicht Unrecht. Darf ich nicht mit dem Meinen schalten, wie mir beliebt? Die Ersten werden die Letzten, die Letzten die Ersten sein; denn Viele sind berufen, aber Wenige auserwählt." Welche sind auserwählt? Hoch über die in Einklang vermählten Stimmen des Jüngers und des Apostels schwingt sich die Heilandsmahnung: „Nicht, wie die Fürsten der Erde, durch Gewalt sollt Ihr herrschen. Wer unter Euch groß sein will, diene der Gesammtheit; wer der Erste heißen will, sei Allen der letzte Knecht. Auch des Menschen Sohn kam nicht, sich umdienern zu lassen: kam, hier zu dienen und durch Lebenshingabe eine dichte Schaar zu erlösen." Laufen wir Ungewissem nach, heischen die vergängliche, früh erblindende Krone und peitschen mit der Waffe unverwundbare Luft? Fester noch als vor acht Tagen steht nun der Glaube: Menschheitfriede ist möglich; zwischen den Willenshängen der zwei kämpfenden Gruppen die Kluft nicht mehr so breit, daß nur neue Leichenhäufung sie füllen könnte. Sie muß sich aber ins Unüberblickbare breiten, wenn, wieder, in den Umordnungvorschlägen nur das unhold Klingende laut betont und zu Ablehnung genützt wird. Daß Verträge heilig seien, Rüstungslast und Kriegsmöglichkeit gemindert, den Völkern die Selbstbestimmung ihres Rechtsstandes anvertraut werde, wollen auch wir. Seit Kants Tagen ruhen diese Gedanken im Kleinodienschrein deutschen Geistes. Den schreckt auch nicht, wie irgendeinen aufgeflatterten Tropf, die Vorstellung internationaler Aufsicht. Wir wären nicht nur (nach dem blanken Wort Kroeders und Trotzkijs) Objekte, sondern auch Subjekte dieser Aufsicht: hätten unter einem Mond uns von der Polenbeschwerde zu reinigen, unter einem an-

deren die Klage der Iren gegen England, der Vlamen gegen Belgien, der Spanier sprossen gegen die Vereinigten Staaten zu beurtheilen. Da wir in jedem Fall mitrichten und für die Vollstreckung des Spruches mitverantwortlich werden, lacht Vernunft des Geschreies über Fremdeneindrang und Knebelversuch. Was allen Anderen Recht ist, kann es, muß es auch uns sein; und der Wahn, alle Anderen seien, als tückische Schurken, des Richteramtes nicht würdig, nur wir lichte Engel, wäre die Ausgeburt tobsüchtigen Dünkels. Sind wir im Kreis dieser Anderen nicht, rascher als je eine Nation, so groß, stark, mächtig geworden, daß wir gar nicht auszubrüllen brauchten, nur würdiger Friede sei uns annehmbar? Ueber die Frechheit des Fremdeinspruches in ihren Kram haben auch Eltern und Arbeitgeber gezetert: und müssen jetzt dem Fürsorgeamt, Gewerkschaftausschuß, Fabrikinspektor, Standesgericht Rede stehen; selbst der Winzer des Evangeliengleichnisses dürfte das Gesinde nicht mehr nach Willkür löhnen. Denn das Kind gilt nicht mehr als den Eltern, der Froner nicht als dem Löhner hörig; und ein Volk oder Volkstheil nicht dem König, einer Regirung noch Mehrheit. Ohne Wärme zeugende Bewegung müßte die Welt erstarren, vereisen. Hoheitrecht beugt sich unter Volkheitrecht; der Sozialisirung folgt Internationalisirung, der Verkündung der Menschenrechte die der Menschheitpflichten. Die drei Grundbedingungen des Britischen sind die des Deutschen Reiches. Das erstrebt überall duldsam gerechte Einordnung in den Menschheitzweck; will niemals und nirgends an der Krücke des Unrechtes sich vorwärts drängen; braucht und wünscht nicht Bürger, die nur rauher Zwang ihm erhielte. Scheint, was 1871 geschah, dem verfeinten Gefühl heute Unrecht, das wieder erwogen, in Ordnung gebracht werden muß: jede der Ehre erträgliche Verständigungmöglichkeit werde von einem Häuflein frei erwählter Vertreter der Volksmasse in bedächtig geschwinder Zwiesprache geprüft. Unter den vierzehn Wünschen Amerikas sind nur zwei von Deutschland (dessen Genossen selbst für sich sprechen werden) unerfüllbare; wer Gerechtigkeit ersehnt, darf ihm, nach der Leistung seines zu Schöpfung, Erhaltung, Zerstörung gewaffneten Volkes, nicht Erdzerstückung, Landverlust in Ost und West ansinnen. Doch darum länger noch Menschheitkrieg und schwellende Sintfluth? Groß ist und auserwählt, wer, fern aller Herrschsucht, großem Zweck froh dienstbar ward Und nur von seinem Haupt leuchtet die unvergängliche Krone

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Maximilian Harden in Berlin. — Verlag der Zukunft in Berlin. — Druck von Paß & Garleb G. m. b. H. in Berlin.



Actien-Gesellschaft Schlossbrauerei Schöneberg

Bilanz-Konto.

Debet.	M.	pf
Grundst. Schöneberg	460 227	—
Gebäude Schöneberg	2 193 000	—
Grundst. Schöneberg Prinz-Georg-Str. 1	17 000	—
Grundst. Gross-Berlin	2 068 042	25
Grundst. „Königshöhe“ Freienwalde a. O.	45 000	—
Grundst. Herzfelde	21 000	—
Mälzerei u. Niederlage Lichtenrade	852 000	—
Grundst. Lichtenrade	87 000	—
Brauerei-Inventar	145 700	—
Maschinen Schöneberg	245 500	—
Versandfässer	156 000	—
Lagerfässer u. Tanks	203 900	—
Pferde	105 600	—
Wagen u. Kraftwagen	146 900	—
Kühlanlage	106 000	—
Elektrische Anlage	62 300	—
Pneumatisch. Mälzerei	36 400	—
Restaurat.-Inventar	210 400	—
Eig. Ausschanklokale	175 500	—
Abteil. f. Siphonbier	—	—
Abteil. f. Flaschenbier	—	—
General-Vorräte	744 431	50
Kasse	36 791	12
Effekten	707 715	95
Bier-Konto-Korrent	1 209 692	09
Eig. Hypoth. u. Debit.	1 862 297	78
Vorausbez. Versicher.	22 388	53
Hypoth.-Tilg.-Guth.	506 189	55
Avale	320 000	—
	12 746 975	77

Kredit.	M.	pf
Aktien-Kapital	3 000 000	—
Hypotheken	1 648 045	10
Reservefonds	787 880	—
Spezial-Reservefonds	500 000	—
Kautionen	15 271	55
Guthaben u. Einlagen	3 458 811	20
Konto-Korrent	1 748 694	54
Bank-Kredit	830 471	72
Hypoth.-Zs. p. 3. Quart.	19 655	60
Dividenden	690	—
Brausteuer	13 220	—
Rückstellung. (Berufsgenossensch.Beit.etc.)	43 000	—
Avale	320 000	—
Nettogewinn	361 236	06
	12 746 975	77

Berlin-Schöneberg, 11. Dezember 1917.

Der Aufsichtsrat:
Albert Heimann.

Die Direktion:
Max Fincke.

Die auf **6%** festgesetzte **Dividende** gelangt vom **14. Januar 1918 ab** bei der **Dresdner Bank** zur **Auszahlung.**

Offener Brief an die russische Regierung und das russische Volk. Als gründlicher Kenner der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Russlands, der in seinen bereits früher erschienenen Schriften und Artikeln den russischen Vorfall voraussagte, appelliere ich in meinem obengenannten Werke an den gesunden Menschenverstand des russischen Volkes und der zeitweiligen russischen Regierung, die von den Mittelmächten an Russland gestellten Friedensbedingungen zu akzeptieren, um auf diese Weise zu einem für Russland am nötigsten Frieden zu kommen. Der geneigte Leser kann aber durch meine Aufzeichnungen sich auch einen klaren und unzweideutigen Begriff über die bisherigen unhaltbaren Zustände des russischen Nachbarreiches machen, die wohl mit der russischen Revolution noch lange nicht ihren Abschluss gefunden haben. Wer aber noch gründlicher über diese eigenartigen Verhältnisse unterrichtet zu sein wünscht, den verweise ich auf meine diesbezüglichen Darlegungen und meine bisher erschienenen kleineren Schriften: „Kann Russland den Krieg gewinnen?“, „Ostjude und Konterbande“, „Der Pogrom und Friedensappell an den Zaren“, die von den erwähnten Zuständen ein treffendes Bild entwerfen.

M. Riwkess.

Soeben erschienen:

Belgien
als französische Ostmark

Zur Vorgeschichte des Krieges von Dr. P. Dirr

ca. 480 Seiten. Preis M. 5.— geheftet

Dieses von einem bayerischen Politiker stammende Buch geht der belgischen Frage auf den tiefsten Grund. Es fördert vor allem ein umfangreiches und bedeutsames neues Tatsachenmaterial zu Tage. Der Verfasser, seit zweieinhalb Jahren selbst in Belgien tätig und als Entdecker wichtiger Aktenstücke, wie der von der Reichsregierung veröffentlichten belgischen Gesandtschaftsberichte bekannt, hat einen reichlichen, bisher unbekannten oder in Vergessenheit geratenen Quellenstoff, besonders auch aus belgischen Geheimarchiven, in klarer Darstellung verarbeitet, wobei ihm die in seiner praktischen Betätigung erworbene Kenntnis belgischer politischer Strömungen und Persönlichkeiten sehr zustatten kam. Absichtlich wird den Belgiern und ihren französischen und englischen Freunden durch zahlreiche Anführungen aus gedruckten und handschriftlichen Quellen in weitgehendem Maße das Wort gelassen. So entsteht ein zuverlässiger Führer durch die inneren und äußeren politischen Zustände und Verhältnisse Belgiens im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege. Das Buch bringt hierüber grundlegende Aufklärungen und überraschende Enthüllungen. Die großfranzösische Propaganda zeigt es zum ersten Male in der ganzen Fülle ihrer Auswirkungen. Ihr Zusammenhang mit der zur Entente hinneigenden Machtpolitik des belgischen Staatsnationalismus mit der wallonischen Bewegung und mit der britischen Einkreisungspolitik wird offenbar gemacht. Belgiens Stellung in der europäischen Staatenwelt und seine Neutralität erscheinen in vielfach neuer Beleuchtung. In diesem scharf herausgearbeiteten Zusammenhang gewinnen die bekannten englisch-belgischen Verhandlungen erst ihre volle Bedeutung, zumal sie durch neue Belege wesentlich ergänzt werden, besonders in den Abschnitten über die belgische Militärpolitik. Durch gründliche Untersuchungen über die Nationalitätenfrage in Belgien wird das Doppelwesen dieses Staates, die Verwelschung des Staatsbetriebes und die Niederhaltung der Vlamen, ferner das unterschiedliche Verhalten Deutschlands und Frankreichs zu diesem Problem klar vor Augen gerückt. Endlich wird noch der Nachweis geführt, daß der belgische Generalstab auch an den vergeblichen Versuchen beteiligt war, Holland in den Kreis der Ententepolitik hineinzuziehen.

In jeder Buchhandlung erhältlich;
wo nicht, wende man sich an:

Berlin SW 68 Max Kirstein Verlag

Für Inserate verantwortlich: Friedrich Rehländer, Berlin-Steglitz.
Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57, Bülowstr. 66.